

ALGERIEN

Höchststrafe nach Glaubenswechsel und Islamkritik

Zum „Gefangenen des Monats August“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den christlichen Konvertiten Hamid Soudad aus Algerien benannt, der seit 20. Januar 2021 hinter Gittern sitzt. Sie rufen dazu auf, sich für ein gerechtes Urteil und die Abschaffung sogenannter Blasphemiebestimmungen einzusetzen. Noch am selben Tag, an dem ihn die algerische Gendarmerie festgenommen und verhört hatte, kam er in der Küstenstadt Arzew (Provinz Oran) vor Gericht. Dieses Gericht verurteilte ihn wegen Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed zur Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis. Er soll im Internet eine Karikatur geteilt haben.

Am 22. März 2021 bestätigte der Gerichtshof der Stadt Oran das erstinstanzliche Urteil. Sein Anwalt zeigte sich davon überzeugt, dass die Gerichte ihn wegen seines Glaubenswechsels so unverhältnismäßig hart bestraft haben.

Musterbrief

Präsident Abdelmadjid Tebboune
c/o Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien
Görschstraße 45-46

D-13187 Berlin

Fax 030-43737-214

Exzellenz,

ich wende mich heute in Sorge um den 42-jährigen algerischen Christen Hamid Soudad an Sie, der sich seit dem 20. Januar 2021 in Haft befindet. Noch am Tag seiner Festnahme wurde er wegen Verstoßes gegen Blasphemie-Bestimmungen zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Dieses Urteil bestätigte die nächste Gerichtsstanz am 22. März in Oran. Die Höchststrafe gegen einen Familienvater mit kleinen Kindern – das Jüngste ist erst ein halbes Jahr alt – ist unverhältnismäßig hart.

Die Annahme, dass beide Gerichte den Glaubenswechsel des Angeklagten zu seinen Lasten gewertet haben, ist naheliegend. Bereits am 22. April 2009 haben drei UN-Sonderberichterstatter in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, dass Blasphemiegesetze hinsichtlich der Förderung des gegenseitigen Respekts kontraproduktiv sind. Sie führten zu einer De-Facto-Zensur jeglicher inner- oder interreligiöser Kritik und letztlich zur Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um eine Freilassung Soudads zu erreichen, sowie eine Abschaffung des entsprechenden Gesetzes herbeizuführen. Sicher lässt sich die gegenseitige Achtung und Toleranz zwischen Menschen unterschiedlicher Bekenntnisse mit anderen Mitteln wirksam fördern.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



Basilika Unserer Lieben
Frau von Afrika

Der 42-jährige Familienvater war vom Islam zu Christentum übergetreten. Sein jüngstes Kind ist ein halbes Jahr alt, die anderen Drei sind zwischen drei und sechs Jahre alt. Gegen das strenge Urteil legte Soudad Rechtsmittel ein. Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit kritisierte dieses und weitere Urteile gegen algerische Neuchristen. Algerien bewege sich in die falsche Richtung. Es handele sich um unverhohlene Versuche, das Recht algerischer Christen auf Religionsfreiheit zu verweigern. Ein Buchhändler aus Oran und sein Angestellter waren im Februar wegen Mission zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt worden.

AKTION WELTWEIT

Gedenktag für religiös Verfolgte

Der 22. August bietet eine gute Gelegenheit, für Glaubens- und Gewissensgefangene Unterschriften zu sammeln, Appellbriefe, die man sich schon lange vorgenommen hat, abzuschicken oder Mahnwachen zu organisieren: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat diesen Tag 2019 zum „Internationalen Tag für die Opfer von Gewalt basierend auf Religion oder ande-

ren Überzeugungen“ deklariert. „Jegliche Akte der Gewalt gegen Menschen, die religiösen Minderheiten angehören, sind nicht hinnehmbar“, sagte der polnische Außenminister Jacek Czaputowicz im Mai 2019 anlässlich der Ausrufung des weltweiten Gedenktags. Er erinnerte dabei an die Terroropfer der Moschee-Morde im neuseeländischen Christchurch am 15. März 2019,

von denen 51 Menschen ihren Verletzungen erlagen, sowie derer, die bei den Osteranschlägen auf Kirchen und Hotels in Sri Lanka 21. April 2019 ermordet oder verletzt wurden oder dabei Angehörige verloren. Der südasiatische Inselstaat hatte 269 Tote zu beklagen. Die Ausrufung erfolgte auf Vorschlag von Bürgerinitiativen, die nach dem Völkermord an den Jesiden ab

3. August 2014 ein Gedenken anregen: Angaben der UNO zufolge fielen diesem mehr als 5.000 Jesiden zum Opfer und über 7.000 jesidische Frauen und Kinder wurden entführt. An deren Leid erinnerte der Vertreter der USA bei der Proklamation sowie an das der mehrheitlich muslimischen Rohingya in Myanmar und der Muslime meist uigurischer und kasachischer Abstammung in Chinas Provinz Xinjiang, von denen mehr als eine Million in Lagern festgehalten werden. In der nächsten Ausgabe dieses Newsletters wird die IGFM über die Profiteure der Ausbeutung dieser Menschen als Baumwollpflücker berichten.

PAKISTAN – BEDROHTE MINDERHEITEN

Einladung zum IGFM-Online-Symposium

Samstag, 14. August 2021, 11.00 Uhr

Mit drei pakistanischen Gastrednern

- Aneeqa Maria Anthony / The Voice Society:
„Menschen mit Behinderung auf der Anklagebank – ein Erfahrungsbericht“
- Sardar Mushtaq Gill / Legal Evangelical Association Development (LEAD):
„Christen unter Auswanderungsdruck“
- Pfarrer Aftab Paul: „Schuldnechtschaft in Ziegeleien“

Bitte fordern Sie den Zoom-Link an: religion@igfm.de

IRAN

Aktion #StopHatePropaganda: Fordern Sie auch das Ende der staatlichen Hetzkampagne gegen Baha'í im Iran

Der Nationale Geistige Rat der Bahai in Deutschland hat über eine einzigartige Aktion berichtet, der sich auch die IGFM anschloss. Nutzen auch Sie die sozialen Netzwerke, um für die Rechte der Minderheit der Bahai im Iran einzutreten, die diskriminiert und verfolgt wird. Das totalitäre Regime in Teheran steuert eine Desinformations- und Hetzkampagne gegen diese Religionsgemeinschaft, die zunehmend schärfer wird. Jedoch kam es am 15. Juli 2021 zu einer beispiellosen Welle der Solidarität.

Die IGFM twitterte eine Forderung an die Adresse der Bundesregierung: „Im Iran erreicht die Hasspropaganda gegen Bahai ein neues erschreckendes Niveau. Lassen wir nicht zu, dass sich die Geschichte wiederholt. Insbesondere Deutschland muss hier viel deutlicher werden.“

Unter dem Hashtag #StopHatePropaganda haben weltweit Politiker, Menschenrechtler, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten und weitere prominente Persönlichkeiten auf diese bedrohliche Lage hingewiesen und ein Ende der medialen Hassreden gefordert. In Australien, Indien, Kanada und Großbritannien wurde dieser Hashtag bei Twitter zu einem Trend, so dass weitere Journalisten und Politiker auf das Problem aufmerksam wurden. Auch in Deutschland beteiligten sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an der internationalen Menschenrechtskampagne.

Einige Beispiele sollen zur Nachahmung anregen: Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, betonte in einer Stellungnahme: „Der iranische Staat legitimiert die Diskriminierung der Bahai

durch eine gezielte Desinformations- und Hetzkampagne auf Medienplattformen. Auch bleiben Rechtsverstöße und Gewalttaten gegenüber Bahai, wie der Vandalismus an religiösen Einrichtungen, immer wieder straffrei. Die staatliche Verfolgung wird juristisch legitimiert.“

dargestellt werden. Dadurch entsteht ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens und der Vorurteile, das immer wieder zu straffreien Gewalttaten und sozialer Isolation führt. (...) Ihnen gilt mein Mitgefühl, ich stehe mit Ihnen gegen Hass und Hetze und kämpfe weiter für die Menschenrechte im Iran, für die Angehörigen der Bahai. Ich unterstütze Ihren Ruf nach Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Menschenrechten und Gleichberechtigung!“

Natalie Amiri, Autorin des Bestsellers „Zwischen den Welt: Von Macht und Ohnmacht im Iran“ schildert die Lage der Bahai auf Grundlage ihrer langjährigen Erfahrung als ARD-Studiodirektorin in Teheran per Video: „Die Bahai sind Hetzkampagnen ausgesetzt. Sie werden verunglimpft und diffamiert als eine vom Ausland gesteuerte Sekte. Sie werden beschimpft. Sie haben keine Rechte. Seit 40 Jahren verfolgt man sie und sie werden systematisch in allen Lebensbereichen diskriminiert.“

Jascha Nolténus, Menschenrechtsbeauftragter der Bahai-Gemeinde in Deutschland, ordnet die Solidaritätsbekundungen ein: „Diese öffentlichen Stellungnahmen sind insbesondere deshalb so wichtig, weil den Bahai im Iran selbst ihr Recht auf eine mediale Gegendarstellung der in besorgniserregendem Ausmaß gegen sie verbreiteten Desinformationen vorenthalten wird. Die sozialen Medien bieten eine Plattform, um der iranischen Zivilbevölkerung zu verdeutlichen, dass die Bahai-Gemeinde weltweit als friedliche Religionsgemeinschaft wertgeschätzt wird und dass ihre Menschenrechte endlich geachtet und gewährleistet werden müssen.“



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Professor Heribert Hirte, der sich langjährig zusammen mit der IGFM für Menschenrechte im Iran einsetzt, kritisierte in einer Videobotschaft: „Mediale Desinformations- und Hetzkampagnen bereiten den Boden, damit Minderheiten wie die Bahai verleumdet werden können und Menschenrechtsverletzungen infolge legitim erscheinen. Die iranische Bevölkerung wird durch haltlose Anschuldigungen und Verleumdungen in Fatwas von Klerikern und Regierungsbehörden gegen die Bahai aufgestachelt, in denen diese als gefährliche Sekte und Abtrünnige mit unmoralischen und irregeleiteten Überzeugungen